

Neue Wege in der Ernährungs- Wirtschaft.

Von

Dr. B. Franke, Posen,

Ernährungsdezernent der Stadt Posen.

Die Anträge des Abgeordneten Dr. Röske haben die vielerörterte Frage nach dem zweckmäßigsten System der Ernährungswirtschaft erneut in den Vordergrund gestellt. Bemerkenswert ist, daß die zahlreichen Kritiker der weitausgebauten Zwangsbewirtschaftung nicht mehr wie früher die Forderung einer völligen Beseitigung der Zwangswirtschaft erheben. Die von den verantwortlichen Stellen unbeirrt vertretene Ansicht, daß es bei aller Würdigung der hochentwickeltesten Leistungsfähigkeit des freien Handels bei der Knappheit der Nahrungsmittel ohne ein System des Zwanges nicht möglich ist, der Gesamtheit des deutschen Volkes die zur Ausbreitung des Lebens unbedingt notwendigen Lebensmittel zu sichern, wird kaum noch ernsthaft bestritten. Dagegen herrscht ebenso allgemein die Ueberzeugung, daß das gegenwärtige System erhebliche Mängel aufweist, und daß es die der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellten Nahrungsmittel nicht in ausreichendem Maße erfäßt.

Der Wunsch, die Lebensmittel besser zu erfassen, besteht allgemein. Nur scheiden sich die Geister, wenn es gilt, die Wege zu zeigen, die zu dem gemeinsamen Ziele führen sollen. Die maßgebenden Stellen sind anscheinend der Meinung, man müsse durch immer feinere Ausgestaltung der Kontrollmaßnahmen und durch Androhung immer härterer Strafen (Zuchthaus für gewerbmäßige Schleihändler) die Lücken des Systems möglichst verstopfen, während viele Kritiker unserer Ernährungswirtschaft im Gegenteil annehmen, das Richtige sei allmählicher Aufbau der Zwangswirtschaft und teilweise Freigabe der Nahrungsmittel nach Sicherstellung des Bedarfs der breiten Bevölkerungsschichten.

Gegen beide Auffassungen lassen sich wesentliche Einwände erheben. Die Vertreter der Abschreckungstheorie und der scharfen Kontrollmaßnahmen übersehen, daß der Trieb, sich über das geringe Maß der erlaubten Rationen hinaus Nahrungsmittel zu verschaffen, keine Schranken kennt und den Menschengelicht Mittel und Wege erfinden läßt, die jedem behördlichen Eingreifen spotten. Die bescheidenen Erfolge der behördlichen Kontrolle treten augenfällig hervor, wenn man auf Reisen im Eisenbahnzuge, in den Wartehäusern, in den Hotels und Speisehäusern beobachtet, in welchem Umfange weißes Brot, Butter, Wurst, Käse, Vollmilch verzehrt werden. Andererseits können die Auffassungen, die in den Anträgen des Abgeordneten Dr. Röske ihren Ausdruck gefunden haben, ebenfalls nicht als richtig anerkannt werden. Zunächst ist einzuwenden, daß die teilweise Freigabe des Brotgetreides doch nur erfolgen könnte, nachdem der Bedarf der Bevölkerung in Höhe der bisherigen ungezügelteren Brotration sichergestellt wäre. Sichergestellt ist ein Vorrat an Nahrungsmitteln nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft aber erst dann, wenn er sich in öffentlicher Hand befindet. Aus verschiedenen Gründen, besonders aus Mangel an Kohlen, Maschinen und Arbeitskräften, kann der Ausdruck des gesamten Getreides jedoch nicht so beschleunigt werden, daß das ablieferungspflichtige Getreide wenige Monate nach der Ernte sich vollständig in öffentlicher Hand befindet. Auch der Mangel an Eisenbahnwagen im Herbst wird die Hoffnung auf schnelle Sicherstellung der Getreidevorräte zunichte machen. Die teilweise Freigabe des Brotgetreides könnte also erst am Ende des Wirtschaftsjahres erfolgen. Daß dann noch nennenswerte Mengen für eine Freigabe verfügbar sein würden, darf bezweifelt werden. Schließlich würde durch eine teilweise Freigabe des Brotgetreides die Tätigkeit der Getreideschieber erleichtert und die Aufsicht der für die Erfassung des Getreides verantwortlichen Kommunalverbände erheblich erschwert werden.

Trotz dieser Bedenken liegt den Anträgen Röskes ein guter und richtiger Gedanke insofern zugrunde, als darin das Bestreben zum Ausdruck kommt, die Ablieferung des Getreides durch die Landwirte zu fördern. Darauf kommt es in der Tat hauptsächlich an. Es muß erstrebt werden, daß die Landwirte alles Entbehrliche abgeben. Durch Zwang allein ist die restlose Ablieferung nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft nicht zu erreichen. Neben dem Zwang müssen Maßnahmen treten, die für den Landwirt einen Anreiz bedeuten, den letzten irgendwie entbehrlichen Zentner an die öffentliche Hand abzuliefern. Ein derartiger Anreiz würde gegeben sein, wenn den Landwirten für eine über einen gewissen Prozentsatz der Ablieferungsschuldigkeit hinausgehende Ablieferung eine hohe Prämie gezahlt würde.